

Antrag

**der Abgeordneten Andreas Grutzeck, Stephan Gamm, Silke Seif, Birgit Stöver,
David Erkalp (CDU) und Fraktion**

Haushaltsplan-Entwurf 2021/2022

Einzelplan 4.0 Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration

Aufgabenbereich 259 Gesundheit

Produktgruppe 259.03 Gesundheitsförderung, Sucht und Prävention

**Betr.: Gesundheit der Hamburger stärken – Flucht in die Sucht infolge der
Pandemie verhindern und Kürzungen bei der Kontaktstelle für Drogen-
abhängige Stay Alive in Altona zurücknehmen**

Bereits mehrfach (Drs. 22/366 und Drs. 22/2397) wies die CDU-Fraktion darauf hin, dass die Corona-Pandemie nicht nur die physische, sondern auch die psychische Gesundheit bedrohe und der Senat entsprechend handeln möge. Doch Rot-Grün reagierte mit Ablehnung. Im Rahmen der Haushaltsberatungen fasste die CDU-Fraktion erneut nach und fragte, ob beispielsweise ausreichend Gelder für eine Ausweitung der Drogen- und Suchtberatung eingeplant seien. Die Senatsvertreter erklärten daraufhin ausweichend zusätzliche Bedarfe aufgrund der Pandemie würden aus dem Einzelplan 9.2 gedeckt. Es seien besondere Ausgaben, die nicht im Einzelplan 4 abgebildet seien und auch nicht könnten, weil es besondere Ausgaben seien, die im Haushaltsplan nicht planerisch abgebildet werden könnten. Ob diese Gelder aber nun zur Verfügung gestellt würden, wurde bewusst im Dunkeln gelassen.

Dabei warnen immer mehr Experten vor den gesundheitlichen Nebenwirkungen der Pandemie und ihrer Bekämpfung. So verschlimmern die Corona-Maßnahmen Depressionen, so die Deutsche Depressionshilfe. Auch die Flucht in die Sucht nimmt zu. Längere Wartezeiten auf einen Termin bei der Drogenberatung sind die Folge. Doch je mehr Zeit Betroffene haben, ihrer Sucht zu verfallen, desto schwieriger und langwieriger wird es, den Weg aus der Sucht zu finden. Eine schnelle erste Hilfe hingegen kann den Sturz in den Abgrund der Abhängigkeiten verhindern und somit auch die oft damit verbundenen hohen Folgekosten für die Sozialsysteme und die Gesellschaft senken. Daher muss der Senat jetzt reagieren und nicht abwartend lavieren.

Besonders fatal ist, dass es nicht nur nicht zur Ausweitung der Suchtberatung, sondern sogar zu Kürzungen kommt. Nach der Kontaktstelle für Drogenabhängige Stay Alive in Altona befragt (Drs. 22/2351), erwidert der Senat, dass „die Stellenreduktion um zwei VZÄ“ darin begründet liege, dass Haushaltsmittel, die zur Verfügung gestellt werden konnten, auf die Jahre 2019 und 2020 beschränkt waren (Drs. 21/15407). Dies mag sachlich richtig sein, ist aber angesichts der aktuellen Situation absolut verhängnisvoll.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, mit den Trägern der Drogen- und Suchtberatung zu prüfen, ob die aktuellen Kapazitäten und Kompetenzprofile unter den veränderten

Rahmenbedingungen bedarfsgerecht sind oder ob es die Notwendigkeit zur Nachsteuerung gibt. So eine Nachsteuerung notwendig ist, ist zeitnah eine personelle Aufstockung für die Zeit der Pandemie und befristet danach zu ermöglichen.

2. Für die Rücknahme der Stellenstreichung um zwei Vollzeitkräfte der Kontaktstelle für Drogenabhängige Stay Alive in Altona sind im Rahmen der Pandemiefolgen-Bekämpfung für das Jahr 2021 Mittel in Höhe von bis zu 130.000 Euro und im Jahr 2022 bis zu 132.000 Euro aus dem Einzelplan 9.2 Allgemeine Finanzwirtschaft, Aufgabenbereich 283 Zentrale Finanzen, Produktgruppe 283.01 Zentrale Ansätze I, Kontenbereich „Globale Mehrkosten“, bereitzustellen und auf den Einzelplan 4.0, Produktgruppe 259.03 Gesundheitsförderung, Sucht und Prävention, Kontenbereich „Kosten für Transferleistungen“, zu übertragen.
3. Der Bürgerschaft ist bis zum 30. September 2021 Bericht zu erstatten.